

## **Hauptsatzung der Gemeinde Klausdorf**

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Juni 2004 (GVOBl. S. 205), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10.07.2006 (GVOBl. M-V S.539) wird nach Beschluss der Gemeindevertretung Klausdorf vom 06.09.2007 und nach Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde nachfolgende Hauptsatzung erlassen:

### **§ 1 Gemeindegebiet**

(1) Die Gemeinde Klausdorf (Landkreis Nordvorpommern) besteht aus:

dem Ortsteil Klausdorf  
dem Ortsteil Solkendorf  
dem Ortsteil Barhöft

(2) Die Gemeinde Klausdorf ist amtsangehörig zum Amt Altenpleen.

### **§ 2 Dienstsiegel**

(1) Die Gemeinde Klausdorf führt als Dienstsiegel das kleine Landessiegel mit Wappenbild des Landesteils Vorpommern, einem aufgerichteten Greifen mit aufgeworfenem Schweif, und der Umschrift

\*GEMEINDE KLAUSDORF\*  
LANDKREIS NORDVORPOMMERN .

### **§ 3 Rechte der Einwohner**

(1) Der Bürgermeister kann eine Versammlung der Einwohner der Gemeinde einberufen. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.

(2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Gemeindevertretersitzung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden.

(3) Die Einwohner erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde vor Beginn des öffentlichen Teils der Gemeindevertretersitzung Fragen an alle Mitglieder der Gemeindevertretung sowie den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Die Fragen, Vorschläge und Anregungen dürfen sich

dabei nicht auf Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Gemeindevertretung beziehen.

Für die Fragestunde ist eine Zeit bis zu 30 Minuten vorgesehen.

- (4) Der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Gemeindevertretung über wichtige Gemeindeangelegenheiten zu berichten.

#### **§ 4 Gemeindevertretung**

- (1) Die Gemeindevertretersitzungen sind öffentlich.
- (2) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:
1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen
  2. Steuer- und Abgabenangelegenheiten Einzelner
  3. Grundstücksgeschäfte
  4. Vergabe von Aufträgen.

Die Gemeindevertretung kann im Einzelfall, sofern rechtliche Gründe nicht entgegenstehen, Angelegenheiten der Ziffern 1 – 4 in öffentlicher Sitzung behandeln.

- (3) Anfragen von Gemeindevertretern sollen spätestens fünf Arbeitstage vor der Gemeindevertretersitzung beim Bürgermeister eingereicht werden. Mündliche Anfragen während der Gemeindevertretersitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb eines Monats schriftlich beantwortet werden.

#### **§ 5 Ausschüsse**

- (1) Ein Hauptausschuss wird nicht gebildet.
- (2) Die Ausschüsse der Gemeindevertretung setzen sich, soweit nichts anderes bestimmt ist, aus drei Gemeindevertretern und zwei sachkundigen Einwohnern zusammen.
- (3) Folgende Ausschüsse werden gemäß § 36 KV M-V gebildet:

<u>Name</u>	<u>Aufgabengebiet</u>
Finanzausschuss	Finanz- und Haushaltswesen, Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstige Abgaben,
Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Bau, Wohnungen und Verkehr	Flächennutzungsplanung, Bauleitplanung, Wirtschaftsförderung, Hoch-, Tief- und

	Straßenbauangelegenheiten, Wohnungsangelegenheiten, Denkmalpflege, Umwelt- und Naturschutz, Landschaftspflege, Hafenangelegenheiten
Sozial- und Kulturausschuss	Betreuung der Kindertagesstätte- und Kultureinrichtungen, Seniorenförderung, Kultur- und Jugendförderung, Fremdenverkehr und Vereine

- (4) Ein Rechnungsprüfungsausschuss wird nicht gebildet. Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsausschusses (Prüfung der Jahresrechnung) werden auf den Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes Altenpleen übertragen.
- (5) Die Sitzungen des Finanzausschusses sind nicht öffentlich, der weiteren Ausschüsse sind öffentlich. § 4 Abs. 2 gilt entsprechend.

## § 6 Bürgermeister/Stellvertreter

- (1) Der Bürgermeister trifft Entscheidungen unterhalb der folgenden Wertgrenzen:
1. über Verträge, die auf einmalige Leistungen von weniger als 1.000,00 € gerichtet sind sowie bei wiederkehrenden Leistungen unterhalb der Wertgrenze von 100,00 € pro Monat,
  2. über überplanmäßige Ausgaben bis zu 2.000,00 € sowie bei außerplanmäßigen Ausgaben bis zu 2.000,00 € je Ausgabenfall,
  3. bei der Vergabe von Aufträgen gem. VOB und VOL bis zu 25.000,00 € soweit nach entsprechender Beurteilung durch den zuständigen Fachbereich des Amtes Altenpleen der Bieter mit dem annehmbarsten Angebot den Auftrag erhalten soll,
  4. bei Veräußerungen oder Belastungen von Grundstücken bis zu 500,00 €, bei Hingabe von Darlehen, die innerhalb eines Haushaltsjahres zurückgezahlt werden bis zu 10.000,00 € sowie bei Aufnahme von Krediten im Rahmen des Haushaltsplanes bis zu 50.000,00 €,
  5. bei der Übernahme von Bürgschaften, dem Abschluss von Gewährverträgen, der Bestellung sonstiger Sicherheiten für Dritte sowie wirtschaftlich gleich zu achtenden Rechtsgeschäften bis zu je 2.500,00 €,
  6. bei dem Abschluss von städtebaulichen Verträgen, insbesondere Erschließungsverträgen und Durchführungsverträgen zu vorhabenbezogenen und Bebauungsplänen bis zu 5.000,00 €.
- (2) Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen im Sinne des Abs. 1 zu unterrichten.

- (3) Verpflichtungserklärungen der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 750,00 € bzw. bei wiederkehrenden Verpflichtungen von 250,00 € pro Monat können vom Bürgermeister allein bzw. durch einen von ihm beauftragten Bediensteten des Amtes in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt diese Wertgrenze bei 2.500,00 €

## **§ 7 Unerheblichkeit von Ausgaben**

- (1) Eine Ausgabensteigerung nach § 50 Abs. 2 Ziffer 2 KV M-V wird als unerheblich angesehen, wenn sie
- a.) im Verwaltungshaushalt bis zu 10 %
  - b.) im Vermögenshaushalt bis zu 25 %
- des jeweiligen Haushaltsvolumens beträgt.

## **§ 8 Entschädigung**

- (1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung erhalten für die Teilnahme an Sitzungen
- der Gemeindevertretung
  - der Ausschüsse
- ein Sitzungsgeld in Höhe von 26,00 Euro.
- (2) Ausschussvorsitzende erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 52,00 Euro.
- (3) Der Bürgermeister erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes der Verordnung.
- (4) Den Stellvertretern des Bürgermeisters wird nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung für ihre besondere Tätigkeit bei Verhinderung des Bürgermeisters je nach Dauer der Vertretung eine entsprechende Aufwandsentschädigung gewährt.
- (5) Die Gemeinde gewährt für die ehrenamtliche Tätigkeit der sachverständigen Einwohner ein Sitzungsgeld in Höhe von 26,00 Euro für die Teilnahme an Ausschusssitzungen.

## § 9 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen von Satzungen und Beschlüssen der Gemeinde erfolgen durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln.
- (2) Die Bekanntmachungstafeln der Gemeinde befinden sich an folgenden Standorten:
- |            |   |   |
|------------|---|---|
| Klausdorf  | - | Prohner Straße/Abzweig Inspektorengang    |
| Solkendorf | - | Barhöfter Straße - Bushaltestelle         |
| Barhöft    | - | Klausdorfer Straße/Abzweig Karl-Krull-Weg |
- (3) Die Dauer des Aushangs zu beträgt 14 Tage (Aushangspflicht), wobei der Tag des Anschlags und der Tag der Abnahme nicht mitgerechnet werden, aber auf dem ausgelegten Schriftstück mit Unterschrift und Dienstsiegel vermerkt. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des letzten Tages der Aushangsfrist bewirkt.
- (4) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (5) Für öffentliche Bekanntmachungen, mit denen zu Gemeindevertreter-sitzungen eingeladen wird, sowie für sonstige Bekanntmachungen gilt eine Aushangsfrist von 7 Tagen, in besonders dringenden Fällen 3 Tagen.

## § 10 Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

### Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wurde beim Landrat des Landkreises Nordvorpommern als Untere Rechtsaufsichtsbehörde am 12.09.2007 angezeigt. Mit Schreiben vom 17.09.2007 teilte der Landrat des Landkreises Nordvorpommern mit, dass er eine Verletzung von Rechtsvorschriften im Sinne des § 5 Abs. 2 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) nicht geltend macht. Die Satzung wird hiermit entsprechend § 5 Abs. 4 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern öffentlich bekannt gemacht.

Hinweis

Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formfehler verstoßen wurde, können diese gem. § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern nach Ablauf eines Jahres seit seiner öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Bekanntmachungs- oder Genehmigungsvorschriften.

ausgefertigt:

Klausdorf, 26.09.2007

gez. Reichenbach  
Bürgermeister

(Siegel)